P2 Wirtschaft im Wandel der Zeit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 14.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

Wir leben nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in einer Zeit des Umbruchs. Die Industrialiserung prägte eine Zeit, in der immer mehr Menschen in großen Unternehmen arbeiteten und die Schwerindustrie und der Montankomplex die Grundlage der Volkswirtschaft bildeten. Diese Wirtschaft ist zum Teil mit der Umwelt und ihren Mitarbeitenden unverantwortlich umgegangen. Politische Rahmenbedingungen wie die Umsetzung des Pariser Klimaabkommen müssen dafür sorgen, diese jetzt schon schwindenden Industrien weiter zu reduzieren oder umwelt- und menschenfreundlich umzugestalten.

Neuerungen der Wirtschaft ermöglichen

In der öffentlichen Diskussion wird oftmals auch von dem schwammigen Begriff des Mittelstands gesprochen. Oftmals verstecken sich hinter diesem sympatisch wirkenden Begriff, der Unternehmen als familiär und nett darstellen soll, aber riesige Unternehmen mit einer gewaltigen Finanzkraft. Viele Unternehmen haben bereits erkannt, dass ein ökologisches Wirtschaften zukunftsorientiert ist, aber für einige sind Änderungen der politischen Rahmenbedingung notwendig, um diese zu ökologischem Wirtschaften zu bringen.

Wir brauchen mehr *schöpferische Zerstörungen* im Sinne von Josepf Schumpeter für unser Wirtschaftssystem. Das bedeutet, dass durch neue Technologien, Ideen und Dienstleistungen das bisherige Wirtschaftsgleichgewicht "zerstört" wird und mit den neuen Technologien, Ideen und Dienstleistungen neu gebildet werden kann.

Große Unternehmen wie Eon und Thyssen-Krupp wandeln sich kaum von selbst und behindern durch ihre Dominanz im Wirtschaftsmarkt eine *schöpferische Zerstörung* im grünen Sinne. Kleinere Unternehmen sind flexibler. Die Zukunft einer Wirtschaft in Zeiten des Wandels liegen in einer Kleinteiligkeit. Wir begrüßen daher auch die angedachte Aufspaltung von Thyssen.

Außerdem haben riesige Unternehmen eine gewaltige Macht auf Politik, die wir mit großer Kritik sehen. RWE beispielsweise ist eng verflochten mit der Landesregierung und der Bezirksregierung. Diese Verflechtung wollen wir beenden. Wir setzen uns daher für eine Unvereinbarkeitsklausel von Aufsichtsratsposten

u.a bei RWE und anderen dominierenden Unternehmen und Mandaten, sowie Ämtern in Land und Kommunen ein. Wir fordern die Kommunen auf, diese Marktmacht nicht länger zu stützen und Aktien von RWE abzustoßen.

Wir sehen: Es braucht einen Wandel der Wirtschaft hin zu einer Kleinteiligkeit und Umweltfreundlichkeit. In der Digitalisierung sehen wir keinen romantischen Selbstzweck, sondern eine Chance diesen Wandel möglich zu machen.

Wir wollen stärker Mini-Unternehmen fördern, indem wir beispielsweise andere, niedigrige bürokratische Anforderungen an diese setzten. Die Kreativwirtschaft stellt für uns eine Wirtschaftsparte dar, die durch ihre Kombination aus Produktion und Konzeption kreative Impulse an das Gesamtwirtschaftssystem geben. Diese wollen wir stärker unterstützen.

Durch eine verstärkte Veröffentlichung von Daten aus der Verwaltung (open-Data) wollen wir Start-Ups die Möglichkeit geben, sich zu gründen und beispielsweise Verkehrsführung effizienter zu gesalten.

Das Gesundheits- und Sozialsystem ist auf große Unternehmen angelegt. In der Struktur von Renten- und Sozialkasse ist auf eine durchgängige Erwerbsbiografie angelegt. In Zeiten von kleinteiliger und mehr auf Kreativtät (und folglich Kreativitätspausen) angelegten Wirtschaft müssen wir diese Prämissen für ein funktionierendes Sozialsystem überwinden. Erst dann werden mehr Menschen den Sprung wagen, ein kleines eigenes Unternehmen zu gründen.

Bestehende Unternehmen auf den grünen Weg begleiten

Die kapititalistisch-organisierte Wirtschaft ist dabei oftmals im eigenen Korsett der Gewinnmaximierung gefangen. Während besonders Aktienunternehmen darauf angelegt sind, möglichst schnell gute Zahlen zu liefern und sich damit von Quartalszahlen zu Quartalszahlen hangeln, sind langfristige Umbaumaßnahmen des Unternehmens nicht möglich ohne diesem kurzfristig zu schaden, da die momentane Gewinnmaximierung momentan höher bewertet wird als die nachhaltige Entwicklung von Unternehmen und Gesellschaft. Den Umbau des Mittelstandesder Wirtschaft zu gestalten bedeutet also auch, in der Gesellschaft für eine Akzeptanz des Umbaus zu werben. Große Gewinne und ein zeitgleicher grundlegender Umbau der Wirtschaft fallen in einem noch auf nicht-nachhaltiges Wirtschaften setzenden Kapitalismus noch selten zusammen. Den wirtschaftlichen Umbau auf eine smartesoziale und ökologische Geschäftspolitik wollen wir stärker fordern. Wir fordern ein staatliches Programm, dass den Umbauprozess besonders von kleinen Unternehmen fördert und den Unternehmen ermöglicht, ein Stück weit aus diesem Korsett zu entfliehen.

Falsche Anreize beenden und Lobbyismus bekämpfen!

Oftmals werden aber den Unternehmen auch staatlich die falschen Anreize gesetzt.

Ein Umbau des Wirtschaftssystems kann daher nur durch eine Änderung der Wirtschaftspolitik erfolgen.

Es gilt nach wie vor als Statussymbol, als Firma möglichst viele Dienstwagen zu stellen. Je teurer das Auto, desto wichtiger die*der Angestellte. "Natürlich" wird der Wagen alle zwei Jahre gewechselt. Seither fördert der Staat das steuerlich durch das Dienstwagenprivileg. Das ist fatal. So werden platzraubende, spritschluckende Autos immer weiter gefördert und ein riesiges Überangebot produziert. Wir wollen die Privilegien anders steuern. Unternehmen sollen diese Privilegien nur noch haben, wenn sie Carsharing für ihre Mitarbeitenden anbieten und eine reine Elektroflotte vorweisen können. Immer noch werden CO2-intensive Wirtschaftssparten intensiv gefördert. Wir setzen uns für einen schnellen Ausstieg aus der Kohle-Subvention ein und wollen auch die Diesel-Subventionen beenden. Die Zukunft liegt in einer Wirtschaft, die auf erneuerbare Energien setzt.

Als gute Alternative zum Auto, fordern wir außerdem, dass Firmen und Unternehmen den Berufsweg mit dem öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr fördern und hierbei vom Staat unterstützt werden. Auch fordern wir, dass Netzkarten (ÖPNV) eine ernshafte Alternative zu Dienstwagen werden.

Ein Umbau der Wirtschaft bedarf Mut und politische Entscheidungen. Zu oft werden diese durch einen Einfluss der Unternehmen auf die Politik verhindert. Lobbyismus und Parteispenden prägen nach wie vor das politische Handeln von manchen Parteien. Wir setzen uns daher für ein transparentes Lobbyregister und eine Begrenzung von Lobbyismus ein. Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeit der Parteispenden auf natürliche Personen begrenzen.